

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 28. August 1885.

№ 83.

Bum 2. September 1885.

Von Neuem sammelt sich das ganze deutsche Volk, um den Tag zu feiern, an welchem der Grundstein gelegt wurde zur Errichtung des unter dem hohenzollernschen Kaiserthum geeinigten Reichs. Heute lassen die Parteien ihre Waffen ruhen, heute mildern sich die Gegensätze, heute ist das Volk einig in der Erinnerung an jene unvergleichliche Waffenthat des deutschen Heeres bei Sedan und in dem frohen und stolzen Bewußtsein, daß aus jener blutigen Saat uns eine herrliche Frucht erstanden ist.

Wie bitter auch die Parteidämpfe und wie scharf auch die Interessengegensätze sind, die errungene nationale Einheit wird doch von allen Gliedern der Nation als ein Gut angesehen, dessen Erhaltung und gedeihliche Entwicklung ihre oberste Aufgabe ist. Die fünfzehn Jahre, welche heute hinter uns liegen, haben den nationalen Gedanken, welcher so lange die unklaren Bestrebungen ganzer Generationen beherrschte, mit der Befriedigung der nationalen Wünsche nicht abgeschwächt, sondern ihn mächtig erstarken lassen: er ist immer mehr die Triebfeder für alle politischen Handlungen geworden, er beherrscht alle Lebensäußerungen unseres Gemeinwesens.

Zu dieser glücklichen Entwicklung haben die Siege unseres ruhmreichen Heeres nur die Grundlage gelegt; ohne sie könnte sich die Nation nicht der Machtstellung erfreuen, die sie gegenwärtig einnimmt. Aber einen gewaltigen Antheil hieran hat auch die weise Staatskunst, welche es verstanden hat, das auf dem Schlachtfeld Errungene zum Segen der Nation auszunutzen, das Ansehen des Reichs nach außen zu mehren, den Wohlstand des Volkes zu erhöhen und den Frieden nicht nur dem deutschen Volke zu erhalten, sondern Deutschland zu einer Bürgschaft des Friedens für ganz Europa zu machen. Wie glänzende Ergebnisse hat in dieser Beziehung gerade das letzte Jahr aufzuweisen! Vierzehn Tage nachdem vorigen Sedanfeste reichten sich die drei mächtigen Kaiser in Skierniewice zum Friedensbunde die Hände. Unter dem Schutze des von den drei Kaiserreichen verbürgten Friedens konnte Deutschland sich der neuen Aufgabe widmen, zur Belebung seiner Industrie und seines Handels den Erwerb überseeischer Gebiete in's Auge zu fassen, und zugleich gelang es Deutschland auf der westafrikanischen Conferenz in Berlin, die seefahrenden Mächte zu der gemeinsamen Culturarbeit der Erschließung des schwarzen Erdtheils zu vereinigen. Die Begegnung der Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Gastein wie die Zusammenkunft der Kaiser Alexander und Franz Joseph in Kremfier hat der Welt von Neuem den Fortbestand der friedlichen Beziehungen bekundet, welche in erster Linie das Werk Deutschlands sind und den Frieden für ganz Europa sicherstellen.

Mächtig hebt sich die Brust eines jeden Deutschen angesichts dieser glänzenden Entwicklung in den inneren und äußeren Verhältnissen Deutschlands, welche die Glieder der Nation immer fester zusammenschließen und ihnen den Werth der nationalen Einigung immer von Neuem vor die Augen führen. Vor wenigen Tagen wurde unser Blick in eine ferne Vergangenheit zurückgelenkt: Friedrich Wilhelm I., dem der Kaiser ein Denkmal in dem Lustgarten zu Potsdam gesetzt hat, legte den ersten Grund zu der Militärmacht und politischen Selbständigkeit Preußens, welche schon damals nach dem Ausspruch Ranke's „das feindliche Zusammentreffen der über das maritime und continentale Gleichgewicht entzweiten Mächte auf dem deutschen Gebiete verhindern“ sollte. Die preußischen Könige hatten trotz aller Wechselfälle des Glücks und trotz der Verschiedenheit der jeweiligen ihnen erwachsenen besonderen Aufgaben dieses Ziel stets im Auge, aber erst in unseren Tagen ist es gelungen, durch Errichtung des Reichs unter preußischer Spitze ein Bollwerk des Friedens zu

schaffen, welches den großen Gedanken Friedrich Wilhelms I. zur Vollendung gebracht hat. In dem Nationalfest des 2. September feiern wir die Verwirklichung dieses Gedankens und geloben, das gewonnene Gut wider alle Gefahren zu schützen, es in Ehren zu halten und weiter zu fördern zum Heile und Segen Deutschlands wie Europas.

✦ Zur Klärung der Parteiverhältnisse.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen hat sich die Presse aller Schattirungen in den letzten Wochen lebhaft mit Parteiverhältnissen beschäftigt und, auf einzelne Vorkommnisse gestützt, den Parteien Rathschläge für ihr Verhalten bei den Wahlen zu geben versucht. So wird den Nationalliberalen von der Nationalzeitung dringend das Zusammengehen mit den Freisinnigen an's Herz gelegt, ein nationalliberales Blatt hat als Parole „den Kampf gegen die Conservativen“ ausgegeben, und conservative Blätter haben dem entsprechend die Nothwendigkeit einer entschiedenen Stellungnahme gegen die Nationalliberalen betont.

Alle diese Erörterungen und Rathschläge geben doch mehr oder weniger nur den persönlichen Wünschen einzelner Personen, Gruppen oder Gegenden Ausdruck und lassen vollständig die politische Entwicklung der letzten Vergangenheit außer Acht. Diese Grundlage zum Zweck der bevorstehenden Wahlen umzustößen und die Beziehungen der Parteien in andere Bahnen zu lenken, wird, so sehr dies auch von manchen Seiten gewünscht werden mag, schwerlich gelingen: denn die Stellung der Parteien im Allgemeinen richtet sich nach den leitenden Ideen der Gesamtpolitik, nicht aber nach den jeweiligen Bedürfnissen der Taktik oder nach einzelnen Reden oder Zeitungsartikeln, die vielleicht in besonderen lokalen oder provinziellen Verhältnissen ihre Erklärung finden. Ebenjowenig aber können die Parteien als solche für dergleichen einseitige Kundgebungen verantwortlich gemacht und daraus Nutzwendungen für Verhalten der einen Partei zu der anderen hergeleitet werden. Von wie geringer praktischer Bedeutung solche Rathschläge und Erörterungen sind, beweist die der Idee des Zusammengehens mit den Freisinnigen völlig entgegengesetzte Warnung, welche soeben das nationalliberale Landescomité für Nassau erlassen hat und worin mit Rücksicht auf die jüngst gemachten Erfahrungen den Parteigenossen in allen nassauischen Reichstags- und Landtagswahlkreisen auf das dringendste empfohlen wird, „unter keinen Umständen Wahlbündnisse mit der deutsch-freisinnigen Partei einzugehen oder auch nur anzustreben.“ Auf der anderen Seite haben sich trotz gegentheiligem Rathschläge die Nationalliberalen und Conservativen im Kreise Löwenberg-Bunzlau abermals soeben zur Wahl je eines conservativen und nationalliberalen Abgeordneten geeinigt.

Den Parteibeziehungen, wie sie in diesen beiden Fällen zum Ausdruck gelangt sind, entspricht auch die Stellung der Parteien zu den großen Ideen der Gesamtpolitik wie insbesondere zu den Staatsaufgaben, zu deren Lösung der Landtag berufen sein wird. In welcher Richtung sich auch immer die Erörterungen der Presse bewegen, die Parteien werden schließlich nur auf diesem Boden ihre Beziehungen zu einander bei den Wahlen regeln können. Als Wegweiser können ihnen hierbei namentlich folgende Fragen dienen:

Soll mit den Freisinnigen die weitere sog. Vervollkommnung der constitutionellen Verhältnisse, d. h. die Einführung des parlamentarischen Regiments erstrebt oder an den bestehenden Rechten der Krone festgehalten werden?

Soll die preußische Politik die Ziele der nationalen Reichspolitik in den Steuer- und Wirthschaftsfragen zu hindern oder zu fördern suchen?

Soll die Befreiung der ärmeren Klassen von directen Steuern rückgängig gemacht oder in Uebereinstimmung mit dem Gedanken der socialen Reformpolitik fortgesetzt werden?

Soll der Entlastung der Communen entgegengewirkt oder soll sie zum Zweck der Uebernahme eines Theils der Schul- und anderer Lasten auf den Staat durchgeführt werden?

Soll einer Politik entgegengetreten werden, welche die Aufbesserung der Beamtenbesoldungen allein ermöglicht, oder soll diese Politik Unterstützung erhalten?

Soll die Verwaltungsreform in andere, unsichere und zweifelhafte Bahnen getrieben oder in dem bisherigen Geiste und auf dem bewährten Wege weiter durchgeführt werden?

Soll die Stellung der Regierung in dem Streite mit Rom untergraben und lahm gelegt werden, oder soll sie zum Zweck der Erreichung eines dauerhaften kirchlichen Friedens im Vertrauen auf ihre bisherige Haltung unterstützt werden?

Hiernach mögen sich die Geister und Parteien scheiden oder zusammenfinden. Wir sind sicher, daß Nationalliberale und Freisinnige diese Fragen nicht in gleicher Weise beantworten werden.

Neue Wasserstraßen.

Zu Ende des Jahres 1882 legte die preußische Staatsregierung dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, betr. den Bau eines Schifffahrtskanals von Dortmund nach der unteren Ems. Damals wurde im Parlament und in der Presse der Nutzen der Wasserstraßen überhaupt, sowie des vorgeschlagenen Kanals im Besonderen lebhaft erörtert. Der Streit, ob den Wasserstraßen noch eine wichtige Stellung im Verkehrsweisen neben den Eisenbahnen einzuräumen sei, kann nahezu als erledigt gelten. Wasserstraßen sind durchaus nicht überflüssig geworden und werden voraussichtlich niemals von den Eisenbahnen verdrängt werden, weil auf ihnen der Transport minderwerthiger Massengüter, wie Kohle, Holz, Baumaterialien, Erde, zc., bei denen es auf Raschheit der Beförderung nicht ankommt, viel billiger zu bewerkstelligen ist als auf den Eisenbahnen. Wenn damals die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß neue Canäle die Einnahmen der Eisenbahnen vermindern würden, so haben die Erfahrungen in andern Ländern, z. B. Belgien, welche ihr Canalnetz viel weiter ausgedehnt haben, als wir, das Gegentheil bewiesen. Auch dürfte für eine Staatsleitung, welche die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den Vordergrund stellt, ein solcher Einnahme-Ausfall nicht maßgebend sein, sobald Wasserstraßen, wie die damals vorgeschlagene von Dortmund nach der unteren Ems, die Ausfuhr einzelner Landestheile zu heben und die Einfuhr von Artikeln, die jetzt über das Ausland gehen, heranzuziehen geeignet erscheinen. Bei diesem Canal ist aber jedenfalls die Wahrscheinlichkeit ganz ausgeschlossen, daß er den Eisenbahnen wichtigere Transporte entziehen könnte.

Bei der Debatte im Abgeordnetenhaus wurden an die Zustimmung zu der Vorlage von verschiedenen Seiten Bedingungen geknüpft; die Einen wollten vor Allem eine Canalverbindung zwischen der Weser und der mittleren Elbe gesichert, Andere gleichzeitig eine directe Wasserstraße zwischen Oberschlesien und Berlin hergestellt sehen. Zum Schluß siegte mit 228 gegen 111 Stimmen die Ansicht, daß man endlich mit einem als notwendig erkannten Bau den Anfang machen müsse. Das Herrenhaus lehnte jedoch den entscheidenden Paragraphen mit 70 gegen 65 Stimmen ab.

Auch eine noch so strenge, wenn nur einsichtige und nicht engherzige Finanzverwaltung wird selbst bei weniger günstigem Stand der Finanzen gern die Hand zu Unternehmungen bieten, welche für die wirtschaftliche Hebung des Landes von dauernder Bedeutung sind. Aus diesem Grunde müssen die seit 1883 ruhenden Canalpläne jedenfalls wieder aufgenommen werden. Es kommt noch hinzu, daß die zu größeren Anlagen erforderlichen Gelder zu keiner Zeit so billig zu beschaffen waren als jetzt. Worin der niedrige Zinsfuß und die Bevorzugung von Staatspapieren bei der Kapitalanlage begründet sind, ist hier nicht Ort und Zeit zu untersuchen. — Wie die Jahresberichte der Handelskammern zeigen, hat sich zwar die Arbeitsgelegenheit seit Einführung der neuen Wirtschaftspolitik erheblich vermehrt, aber gleichzeitig wird über drohende Ueberproduction geklagt. Der Reichskanzler

hat, wenn wir nicht irren damals, als er das „Recht auf Arbeit“ gegenüber dem „Nachtwächterstaat“ der Freisinnigen betonte, auch angedeutet, daß es in Zeiten wirtschaftlicher Ebbe Pflicht und Vortheil des Staates sein könne, durch öffentliche Anlagen und Bauten für Vermehrung der Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Mag nun auch eine solche dringliche Nothwendigkeit jetzt nicht vorliegen, so wird doch unzweifelhaft durch Ausführung von Canälen neben dem dauernden Gewinn für den Verkehr das Angebot von Arbeitskräften vermindert und somit weiten Arbeiterkreisen un mittelbar Vortheil zuwendet.

Man kann es daher nur in jeder Hinsicht freudig begrüßen, daß nach den durch die Blätter gegangenen Mittheilungen die Regierung ihren früheren Plan in erweitertem Umfange wieder aufgenommen hat. Es sollen nämlich bereits auch die technischen Vorbereitungen zur Herstellung einer leistungsfähigen Wasserstraße, welche die Oder mit der Oberspree und Berlin verbinden soll, völlig abgeschlossen sein. Es würden demnach beide Linien, die, welche von Dortmund nach den Emsäfen führt, und der Oder-Spreecanal, zum Gegenstand einer gemeinsamen Vorlage gemacht werden. Das seiner gesetzgeberischen Behandlung nahe Nordostsee-Canalprojekt enthalte einen weiteren Grund für die baldige Inangriffnahme des bezeichneten Canals von dem westfälischen Kohlenrevier nach der Nordsee; denn der Nordostsee-Canal könne ohne eine solche Canalverbindung nicht in vollem Umfange für den Verkehr zwischen dem Westen und Nordosten Deutschlands nutzbar gemacht werden, während andererseits seine Herstellung dem Binnencanal erhöhte Bedeutung beilegen würde.

Der Nordostsee-Canal fällt in Rücksicht darauf, daß er neben der Hebung der Landescultur und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der an der See liegenden Landestheile besonders auch Marinezwecken dienen und im Interesse der Landesverteidigung gebaut werden soll, unter die Zuständigkeit des Reiches. Preußen dürfte sich jedoch, die Genehmigung des Landtages vorausgesetzt, zu einem vorweg zu leistenden Beitrag in angeblicher Höhe von 50 Millionen Mark verpflichten.

Die Todtengräber der nationalliberalen Partei.

Die Idee, das den „Liberalen“ Gemeinsame bei den Wahlen zu betonen und so ein einheitliches Zusammengehen der Nationalliberalen und Fortschrittler zum Kampfe gegen die Conservativen zu bewirken, wurde bekanntlich vor drei Jahren mit dem größten Eifer verfolgt: Lasker und Hänel setzten alle Hebel in Bewegung, um alle Schattirungen des Liberalismus unter einen Hut zu bringen, und in Folge dessen herrschte auf jener Seite die größte Siegeszuversicht. Nur Herr Richter war damit insofern nicht einverstanden, als er eine gegenseitige Unterstützung verschmähte, sondern verlangte, daß die Nationalliberalen allein zum Besten des Fortschritts ihre Haut zu Markte tragen sollten. Als Herr Richter dieser seiner Meinung dadurch Ausdruck verliehen hatte, daß er das in Schleswig-Holstein geschlossene liberale Compromiß umstieß und an Stelle eines Nationalliberalen sich selbst als Candidaten aufstellte, schrieb das Hauptorgan der Nationalliberalen: „Nun lasse man uns aber auch seitens dieser fortschrittlichen Gruppe mit Einigkeitssphrasen fernerhin in Ruhe.“ Trotzdem zogen die Liberalen unter dem gemeinsamen Schlachtruf: Nieder mit der „Reaction“, nieder mit den Conservativen! in den Kampf. Das Ergebnis desselben war — ein Verlust von 18 Sitzen für die Nationalliberalen.

Heute versucht man dieselbe Idee wieder aufleben zu lassen, obwohl die Bedingungen für die Verwirklichung derselben in Folge der von Heidelberg ausgegangenen nationalen Bewegung noch viel schlechter und der Gegensatz zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen gerade in dem letzten Jahre immer schroffer geworden ist. Diesem Gegensatz allein hatten die Nationalliberalen bei den letzten Reichstagswahlen einen kleinen Zuwachs zu verdanken. Man verkennet zwar nicht, daß „der Augenblick ungünstig ist, um die positiven Ziele zu betonen, welche allen Liberalen gemeinsam sind;“ aber trotzdem wird ein Wahlbündniß empfohlen allein für den Zweck, die conservative Macht im Abgeordnetenhaus zu vermindern. Aber auch diesmal ist Herr

Eugen Richter dagegen, daß die Freisinnigen irgend etwas für die Nationalliberalen thun, während er allerdings nichts gegen das umgekehrte Verhältniß einzuwenden haben würde. In einer Rede, die er gewissermaßen zur Eröffnung seiner Agitations-thätigkeit neulich in Berlin gehalten hat, ist er gegen die Nationalliberalen äußerst ungnädig und nennt sie „ihre eigenen Todtengräber“, weil sie bisher von ihm und seiner Partei nichts haben wissen wollen. Trotzdem singt man jetzt in liberalen Blättern in allen Tonarten das Lied von dem Zusammenwirken aller „Liberalen“.

Heute gilt das Wort Eugen Richters innerhalb seiner Partei mehr wie vor drei Jahren; er hat sie alle, die er „freisinnig“ gemacht hat, unter sich. Von welchem Geiste seine Politik, für die er die Partei einspannt, getragen ist, davon hat er soeben in der erwähnten Rede, neue Proben abgelegt. Herr Richter wagt es, die Diäten, welche den Mitgliedern der Fortschrittspartei gegen den ausdrücklichen Willen der Verfassung durch Parteibesluß zugewendet und durch welche diese nach einem treffenden landläufigen Ausdruck zu „Abgeordneten zweiter Klasse“ gestempelt werden, auf eine Linie mit dem Ehrengeschenk zu stellen, welches die Nation ihrem Kanzler für seine unermesslichen Verdienste und seine aufopferungsvolle Arbeit im Dienste des Vaterlandes zu seinem 70. Geburtstag überreicht hat. Dieser Führer der „Freisinnigen“ schlägt mit dieser Gleichstellung der ganzen Nation in's Gesicht und jetzt durch den Vergleich des Kanzlers mit den Leuten, welche die fortschrittlichen Bänke des Parlaments drücken, die Verdienste desselben in einer Weise herab, daß es jeden Deutschen von nationaler Gesinnung empören muß. Hiermit ist der „Freisinn“ ebenso gekennzeichnet wie durch die „Schnaps- und Schweinepolitik“, durch den „Quark von Colonialpolitik“, durch den „Kastengeist“, der unser Heerwesen beherrscht — lauter Richter'sche Ausdrücke, welche die Richtung kennzeichnen, in denen sich seine und seiner Partei Hauptangriffe bewegen. Für diesen Parteiführer also, der nur von dem Haß gegen den Kanzler lebt, alles nationale Empfinden verspottet und an den bewährten Einrichtungen unseres ruhmreichen Heeres als moderner „Reformator“ seinen Witz übt, würden die Nationalliberalen schließlich die Kastanien aus dem Feuer holen, wenn sie sich dazu hergeben wollten, seiner Partei Verstärkungen zuzuführen. Daß sie sich dann wirklich ihr eigenes Grab graben, also nach Herrn Richters Ausspruch „ihre eigenen Todtengräber“ sein würden, liegt auf der Hand.

Parlamentarische Rückblicke.

Die Verwaltungsreform.

II.

Dieser Aufgabe hat sich der Landtag in seiner ersten Session mit Glück unterzogen. Die Vorlage des Ministers des Innern schlug vor, die beiden bisher getrennten Behörden in der Mittelinstanz — wie auch schon in der untersten Instanz, im Kreis-Ausschuß — zu einer einzigen zu machen, der sämtliche Verwaltungssachen — streitige und nichtstreitige — zur Entscheidung gegeben werden und in der, je nach der Lage des Falles, bezw. der gestellten Anträge, „beschlossen“ oder im mündlichen und öffentlichen Verfahren verhandelt und erkannt werden sollte. Dieser vereinfachten Bezirksinstanz, für welche die Bezeichnung „Bezirksverwaltungsgericht“ in Vorschlag gebracht wurde, sollte der Regierungspräsident vorstehen und um die Unabhängigkeit dieser Behörden sicherzustellen, sollte dieselbe so zusammengesetzt sein, daß außer dem Präsidenten darin zwei lebenslanglich ernannte Beamte, von denen einer richterliche Vorbildung haben muß, und vier gewählte Laien-Mitglieder fungiren. Weiter war zur ferneren Vereinfachung der Wegfall des Provinzialraths in Aussicht genommen. Die vorgeschlagene Aenderung in der Organisation bedingte zugleich die Vorlegung eines Gesetzes über die Zuständigkeit der Behörden, welcher die Mitwirkung der drei nach der Novelle allein bestehen bleibenden Laienbehörden (Kreis-Ausschuß, Bezirksverwaltungsgericht und Provinzial-Ausschuß) und die sachliche Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts regeln, bezw. die entsprechenden Abänderungen in der Zuständigkeit der in den drei Instanzen fungirenden Einzelbeamten (Landrath, Regierungs-

Präsident und Oberpräsident) sowie der übrigen Verwaltungsbehörden für den Umfang der Monarchie feststellen sollte. Betreffs der Zuständigkeit der Einzelbeamten hielt der Entwurf an der Ansicht fest, daß die allgemeine Aufsicht über die communalen und genossenschaftlichen Verbände — abgesehen von der gesetzlich geordneten Mitwirkung der Collegien in wichtigeren Angelegenheiten — in der Hand der Einzelbeamten liegen müsse.

Der Landtag hat nun seinerseits den Hauptvorschlägen des Revisionswerks zugestimmt. Vor Allem hat er die Zusammenziehung der beiden Behörden in der Mittelinstanz in eine, welcher man den Namen „Bezirksausschuß“ beilegte, zugestimmt und somit die Einheitlichkeit der Verwaltung in einem Hauptpunkt hergestellt. Der von fortschrittlicher Seite geltend gemachte Einwand, daß der Rechtsschutz des Einzelnen nicht sicher sei, wenn der Regierungspräsident in der rechtspredenden Behörde seinen Einfluß geltend machen könne, wurde von den Conservativen, dem Centrum und dem größeren Theile der Nationalliberalen als unbegründet zurückgewiesen. Dagegen wurde beschlossen, es bei der gesetzlich festgestellten Scheidung von streitigen und nichtstreitigen Sachen zu belassen und hiernach das Streitverfahren in bestimmten Fällen von Gesetzeswegen eintreten zu lassen, statt die Anwendung des Verfahrens in das Belieben der Beteiligten zu stellen. Wenn auch in diesem Punkte nicht die gewünschte Einfachheit erzielt worden, so ist doch eine wesentliche Erleichterung gegen früher dadurch geschaffen, daß die früheren Streitigkeiten über die Kompetenz dieser oder jener Behörde in Wegfall gekommen sind. Ebenso wurde die Beibehaltung des Provinzialraths beschlossen, was gegenüber dem eigentlichen Zweck der Vorlage von untergeordneter Bedeutung war. Was ferner das Zuständigkeitsgesetz anbetrifft, so drang die Regierung mit der Ansicht von der Nothwendigkeit der allgemeinen Aufsicht über die communalen und genossenschaftlichen Verbände durch Einzelbeamte mit Hilfe der Conservativen und des Centrums durch. Dagegen gab sie in dem Punkte des Bestätigungsrechts den Wünschen des Abgeordnetenhauses insofern nach, als sie der Forderung, wonach der Regierungspräsident bei der Verfassung von Bestätigungen an die Zustimmung des Bezirksausschusses gebunden sein und diese Zustimmung eventuell durch den Minister des Innern ergänzt werden soll, willfahrte.

Mit dem Organisationsgesetz vom 30. Juli und dem Zuständigkeitsgesetz vom 1. August 1883 war nun erst die Möglichkeit geschaffen, an die Ausdehnung des Verwaltungsreformwerks auf die neuen und westlichen Provinzen heranzugehen. Auf der mit jenen Gesetzen geschaffenen Grundlage ist es dann auch gelungen, im Frühjahr 1884 die Kreis- und Provinzialordnung für Hannover und im Frühjahr 1885 die Kreis- und Provinzialordnung für Hessen-Nassau mit dem Landtage zu vereinbaren.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Durch einen Erlaß des Cultus- und des Finanzministers an sämtliche Regierungen, Consistorien und Provinzialschulcollegien ist bestimmt worden, daß die königliche Regierung zc. darüber entscheiden soll, ob und wann dem auf Versetzung in den Ruhestand gerichteten Antrage eines im Bereich des Cultusministeriums angestellten Beamten, für dessen Stelle die königliche Regierung zc. die Anstellungsbefugniß hat, stattzugeben ist, sowie ob und welche Pension dem Antragsteller gebührt. Bei Ausführung dieses Auftrages haben die königlichen Regierungen die für Handhabung der Pensionsgesetzgebung erlassenen Anweisungen zu beachten. Ausdrücklich erstreckt sich der Antrag auch auf die an den staatlichen höheren Lehranstalten angestellten Lehrer und Beamten. Der Erlaß ist gleichzeitig dem Präsidenten des Oberkirchenraths mit dem Bemerkten zugestellt worden, daß in Rücksicht darauf, daß die Anstellung der Subaltern- und Unterbeamten bei dem evangelischen Oberkirchenrath durch den Präsidenten erfolgt, die Minister mit der Uebernahme der entsprechenden Befugnisse hinsichtlich dieser Beamten seitens des Präsidenten einverstanden sind.

Politische Tagesfragen.

Dem Vernehmen nach hat das vom Landtage beschlossene sogen. Communalnotsteuer-Gesetz die Allerhöchste Unterschrift erhalten und wird dasselbe demnächst veröffentlicht werden. Hiermit werden die

Vermuthungen hinfällig, welche dieser Tage von einzelnen Blättern bezüglich der Nichtgenehmigung des Gesetzes durch den König ausgesprochen wurden.

Nach Allerhöchster Bestimmung wird der Landtag der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont im Laufe des Monats October d. J. zur verfassungsmäßigen Sitzung berufen werden.

Die Erhebungen über die Arbeit am Sonntag sind in vollem Gange, und es werden auch einzelne Gutachten bekannt. Das Berliner Aeltestencollegium hat sich z. B. für Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes erklärt, die Arbeiter gegen etwa vorkommende unvernünftige Anwendung der Sonntagsarbeit auf die Coalitionsfreiheit verwiesen besonders aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Industrie den Ausfall an Arbeitszeit nicht tragen könne, also bei größerer Beschränkung der Sonntagsarbeit eine Minderung des Lohnes eintreten müsse. Dagegen glaubt der Fachverein der Berliner Tischler, der befragt worden ist, daß die Durchführung der Sonntagsruhe die Concurrenz der Arbeiter ermäßigen, also Platz für Arbeitslose und auch bessere Löhne, jedenfalls aber den Arbeitern die nöthige Erholungszeit schaffen werde. — Gewisse Blätter setzen die Mäheleien gegen die Art der Erhebungen immer noch fort, obgleich aus allen Anordnungen die ernstliche Absicht erhellt, die wirkliche Lage der Dinge und die wahre Meinung der Arbeiter zu erfahren. Mit besonderem Nachdruck war auf die in England übliche Art, die Betheiligten in Kreuzverhör zu nehmen, hingewiesen worden. Nun ordnete der ministerielle Erlaß bereits an, daß neben der schriftlichen Befragung und Beantwortung eine mündliche Vernehmung unter allen Umständen stattfinden solle. Jetzt verlautet noch, daß in amtlichem Wege Versammlungen von Arbeitgebern und -nehmern anberaumt werden, in denen die Hauptfragen unter Leitung eines Commissars herüber und hinüber erörtert werden sollen. Es wird also das Möglichste gethan, um einen klaren Ueberblick zu gewinnen.

Der Verein deutscher Eisengießereien, der jüngst in Eisenach eine Generalversammlung abgehalten, hat an den Reichskanzler folgende Dankesresolution gereicht:

„Der Verein der deutschen Eisengießereien hat die aus der Initiative des Herrn Reichskanzlers hervorgegangenen colonialen Bestrebungen der verbündeten Regierungen von Anfang an mit voller Sympathie begrüßt und unterläßt nicht, dem Herrn Fürsten Bismarck für seine auch auf diesem Gebiete erfolgreichen Bemühungen, welche mit der Zeit zu einer Belebung des internationalen Verkehrs und zu einer Ausdehnung des deutschen Exports führen müssen, den wärmsten Dank auszusprechen.“

Der Erlaß der Arnberger Regierung an die Lehrer mit der Aufforderung, sich der Agitation gegen die Regierung als mit der Beamtenstellung unvereinbar zu enthalten, ist natürlich von der radicalen Presse angefochten worden, obgleich in dem „freien“ republikanischen Frankreich noch strengere Verordnungen gegen die Beamten ergangen sind. Ein rechtes Unglück ist dabei dem freisinnigen Blatt zugestoßen, welches in der Richter'schen Hochburg in Hagen erscheint. Es hatte nämlich den Artikel eines großen demokratischen Organs nachgedruckt, in welchem neben den üblichen Verunglimpfungen gesagt war:

„Die Lehrer des Kreises Hagen werden, soweit sich jetzt übersehen läßt, auch dieses Mal wieder geschlossen für Eugen Richter stimmen.“ Daraufhin haben sich am 20. August in Wetter a. d. R. die Mitglieder des Lehrer-Conferenz-Bezirks Wetter, die evangelischen Lehrer der Gemeinden Wetter, Herdecke, Ende, Amt Bolmarstein und Sprockhövel umfassend, 50 an der Zahl, nach Beendigung der amtlichen Lehrerconferenz vereinigt, um folgenden „einstimmigen“ Beschluß zu fassen:

1. Wir nennen es eine unerklärbare Annahme, wenn der Verfasser oder Einsender des Artikels es sich herausnimmt, über die politische Stellung der gesammten Lehrerschaft des Kreises Hagen einen solchen Auspruch zu thun.

2. Es ist un wahr, daß die Lehrer des Kreises Hagen geschlossen für Eugen Richter gestimmt haben.

3. Es ist un wahr, daß die Lehrer des Kreises Hagen geschlossen für Eugen Richter stimmen werden.

4. Wir werden nur demjenigen Abgeordneten-Kandidaten unsere Stimme geben, welcher sich bereit erklärt, die Politik unseres Kaisers und Königs und seines großen Kanzlers kräftigst zu unterstützen.

Gegen Punkt 4 war nur eine einzige Stimme.

Obgleich für keine Provinz der Stand des Zuckermarkts von solcher Bedeutung wie für die Provinz Sachsen und die kritische Lage desselben bekannt ist, kann sich doch der Jahresbericht der Handelskammer von Halle a. d. S. mit den geschäftlichen Ergebnissen des abgelaufenen Jahres im Großen und Ganzen noch befriedigt erklären, hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß die Wirkungen der bekannten Vorgänge am Zuckermarkte erst gegen Herbst allgemeiner hervorgetreten sind und durch die günstigeren Resultate der vorausgegangenen Vierteljahre wieder aufgewogen werden; auch fällt das andauernde Gedeihen der umfangreichen

Mineralöl- und Paraffin-Industrie in die Waagschale. Der Betrieb der Zuckerraffinerien war recht flott; die Ausfuhr lohnte zeitweise auch nach Frankreich, dessen Raffinerien sonst auf dem Weltmarkte stark mit betreiben. — Zur Hebung der Lage der Zuckerindustrie hält die Handelskammer die Errichtung von Lagerhäusern für Rohzucker geeignet. Eine durchgreifende Besserung stände allerdings nur von einer angemessenen Verminderung der Production und Hebung des Verbrauchs zu erwarten. Aus dem gesteigerten Absatz der Raffinerien könne auf eine vermehrte Aufnahmefähigkeit im In- und Auslande geschlossen werden, wie der tief gesunkene Preis eine Einschränkung der Production herbeiführen müsse. Die Handelskammer sagt für das nächste Jahr eine Verminderung des Rübenanbaues um mindestens 20 Procent voraus.

Personalien.

Der bisherige ordentliche Professor an der Kaiserlich Russischen Universität Dorpat, Dr. Ludwig Stieda, ist zum ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Königsberg i. Pr. ernannt worden.

Der bisherige ordentliche Professor an der Großherzoglich Hessischen Universität Gießen, Dr. Rudolf Stammeler, ist zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg ernannt worden.

Der Regierungs-Assessor Exleben ist von dem Nebenamte als zweites stellvertretendes Mitglied des Bezirksausschusses zu Magdeburg entbunden, dagegen der Regierungsrath Harke in Magdeburg zum zweiten stellvertretenden Mitgliede des bezeichneten Bezirksausschusses auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitze des letzteren ernannt worden.

Der Regierungs-Assessor Dr. Balk ist von dem Nebenamte als zweites stellvertretendes Mitglied des Bezirksausschusses zu Cöslin entbunden, dagegen der Regierungs-Assessor von Kleist-Neuhof in Cöslin zum zweiten stellvertretenden Mitgliede des bezeichneten Bezirksausschusses auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitze der letzteren ernannt worden.

Dem Oberbürgermeister Bollmann zu Bochum ist das Recht verliehen worden, bei geeigneten Gelegenheiten die goldene Amtskette tragen zu dürfen.

Der seit herge besoldete Beigeordnete Stadtsyndikus Hellmann zu Reize ist als besoldeter Beigeordneter der genannten Stadt für eine fernere zwölffährige Amtsdauer bestätigt worden.

Der seit herge besoldete Beigeordnete König zu Offen ist in gleicher Eigenschaft für eine fernere zwölffährige Amtsdauer bestätigt worden.

Der seit herge unbesoldete Beigeordnete, Kaufmann Steprath zu M. Gladbach ist in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer und der Kaufmann Hermkes daselbst als unbesoldeter Beigeordneter der genannten Stadt für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Alle, die in der letzten Zeit Gelegenheit hatten, unserem Kaiser persönlich näher zu treten, rühmen seine nach der Kur wiedererlangte Frische und Rüstigkeit. Seine Majestät soll in Babelsberg fast täglich zu Pferde steigen und gewillt sein, die große Parade am Sedantage persönlich abzunehmen.

Wie alljährlich um diese Zeit finden in den nächsten Wochen große Truppenübungen statt. Prinz Arnulf von Baiern ist bereits in Berlin eingetroffen, um den Übungen des dritten Armeecorps beizuwohnen. Unser Kronprinz wird zur Inspection der bairischen Truppen in Regensburg erwartet.

Von den preussischen Ministern ist die Mehrzahl vom Sommerurlaube wieder zurückgekehrt. Minister von Puttkamer trifft dieser Tage aus Westpreußen wieder ein. Erst im September wird der Urlaub der Minister v. Scholz, Graf Hatzfeld und Dr. Lucius ablaufen. Letzterer befindet sich in Serbien, wo er sich mit den Verhältnissen der dortigen Landwirtschaft eingehender beschäftigt.

Im vorigen Jahre war eine deutsche Gesandtschaft unter Führung des Herrn von Braunschweig an den Hof des Schahs von Persien in Teheran abgegangen, sie ist inzwischen in einen ständigen diplomatischen Posten verwandelt worden. Jetzt ist nun eine Gegengesandtschaft des Schahs am Berliner Hofe eingetroffen.

Die in Berlin tagende Telegraphen-Conferenz ist nach eingehenden Verhandlungen, die anfangs kein günstiges Resultat versprachen,

Hierzu eine Beilage.

zu einer wichtigen grundsätzlichen Einigung gelangt. Bereits auf der Londoner Conferenz hatte Deutschland Vorschläge zur Beseitigung des Wirrwarrs im Tarifwesen des internationalen Verkehrs gemacht, sie konnte aber nicht durchbringen. Auch in Berlin machte sich eine starke Gegnerschaft, namentlich von Seiten der privaten Kabelaesellschaften gegen die Einführung einer Einheitszolltarif für ganz Europa geltend; es gelang jedoch, Dank namentlich den Bemühungen des Staatssecretärs von Stephan, nahezu vollständige Einhelligkeit unter den Vertretern der Staaten und Gesellschaften unter geringer Erhöhung des vorgeschlagenen Einheitszolls herbeizuführen, was insbesondere von der Handelswelt dankbar begrüßt werden wird.

Der am Sonntag von allen katholischen Kanzeln verkündete Hirtenbrief der preussischen Bischöfe ist in der Presse sehr verschieden beurtheilt worden, jedoch scheint die Meinung zu überwiegen, daß er in seiner Beschränkung auf das rein kirchliche Gebiet wenigstens von keiner unversöhnlichen Stimmung Zeugniß ablege.

Von Paderborn und Münster aus sind bischöfliche Verfügungen erlassen worden, welche denjenigen, die sich dem Studium der katholischen Theologie widmen wollen, vorschreiben, sich persönlich beim Generalvicariat zu melden. Angeblich sollen in allen Diöcesen gleiche Bestimmungen getroffen werden und man vermuthet, daß es auf Grund der in Fulda gefaßten Beschlüsse geschehe. Ob den jungen Theologen mündlich gesagt werden soll, wozu der zurückgezogene Paderborner Studierurlaub ermahnte, muß dahin gestellt bleiben.

In Berlin ist die „neue politische Saison“ von Eugen Richter eingeleitet worden. Die Rede enthielt die bekannten Witze und Angriffe, irgend ein neuer Gedanke kam nicht zum Vorschein, bemerkenswerth für die Saison ist nur, daß Herr Richter von den Nationalliberalen herzlich wenig wissen wollte. Ihm folgte Ludwig Löwe mit der merkwürdigen Behauptung, daß die Industrie mehr darnieder liege als je zuvor, woran allein die Regierung schuld sei, die über Einzelinteressen das Gesamtinteresse der Nation verlege. Die Industrie ist bekanntlich mit Recht ganz anderer Meinung, sie hat die schweren Zeiten aus der Herrschaft des Freihandels noch nicht vergessen.

Das Reichsgericht hat die Revision im Proceß Lieske verworfen, womit das gegen den Mörder des Polizeiraths Rumpff gefällte Todesurtheil Rechtskraft erlangt hat.

Der Staatsanzeiger hat nunmehr auch das Gesetz, betr. das Spiel in außerpreussischen Lotterien vom 29. Juli veröffentlicht; dasselbe war aus der Initiative des Abgeordnetenhauses hervorgegangen und belegt das Spielen in auswärtigen Lotterien mit Geldstrafe bis sechshundert Mark.

Aus dem Auslande.

Das Hauptereigniß der Woche, welches zugleich ein helles Licht auf die politische Lage in Europa wirft, war die Zusammenkunft der beiden Kaiser Alexander und Franz Joseph, welche am 25. und 26. August in Kremier stattfand. Beide Monarchen waren von ihren Gemahlinnen, von Großfürsten und Erzherzögen wie von den leitenden Staatsmännern begleitet, so daß sich der Besuch des russischen Kaiserpaars auch schon in seinen äußeren Formen als eine officielle Staatsvisite kundgab. Ueber den glänzenden Verlauf der Festlichkeiten wie über den herzlichen Verkehr der beiden Monarchen haben die Blätter eingehend berichtet. Ueber die politische Bedeutung der Zusammenkunft herrscht nur eine Stimme, daß sie nämlich als eine neue Bürgschaft des Friedens für Europa gelten kann und daß sie ein Zeichen der Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen ist, welche zwischen den drei Kaisermächten bestehen und die noch vor Jahresfrist ihren sichtbaren Ausdruck in der Zusammenkunft von Skierniwice erhalten haben. In einem Artikel des officiösen Journal de St. Petersburg heißt es: „Wir haben sicherlich nicht nöthig, besonders hervorzuheben, daß die Abwesenheit des Kaisers Wilhelm und des Fürsten Bismarck keinerlei

Abgeschwächung in den herzlichen Beziehungen bedeutet, welche in so glücklicher Weise zwischen Deutschland und den beiden anderen Reichen bestehen.“ Diese Auffassung entspricht in der That so sehr den wirklichen Verhältnissen, daß Niemand in Europa daran denkt, aus dem Fernbleiben des Kaisers Wilhelm und des Fürsten Bismarck irgendwelche Schlüsse auf eine Veränderung in der Stellung Deutschlands zu Rußland und Oesterreich-Ungarn zu ziehen.

Die Besitzergreifung der Carolinen-Inseln durch Deutschland hat in Spanien zu Kundgebungen geführt, welche die Beziehungen beider Länder ernstlich beeinträchtigen könnten, wenn es der spanischen Regierung nicht gelingt, den Wuthausbruch der Bevölkerung und der Presse zu zügeln. Man hat sich bereits in der Presse zu albernem kriegerischen Drohungen verstrickt, welche zeigen, daß die Spanier über ihre Bedeutung als europäische Macht ebenso unklar sind wie über die Unrechtmäßigkeit ihrer Besitzansprüche auf jene Inseln. Geschürt wird diese antideutsche Bewegung von republikanischer Seite wie von der französischen Sekzpresse. Die deutsche Regierung hat sich durch diese Demonstrationen nicht irre machen lassen, sondern sich bereit erklärt, in eine gründliche Erörterung über die Unrechte Spaniens zu treten und eventuell an die guten Dienste einer den beiden Ländern befreundeten Macht zu appelliren. Es hat dies die gute Wirkung gehabt, daß die Madrider Regierung den antideutschen Kundgebungen entgegen getreten ist und sich ihrerseits von den freundschaftlichen und versöhnlichen Dispositionen Deutschlands befriedigt erklärt hat. Selbstverständlich ist diese Angelegenheit nicht danach angethan, zu einem ersten Zerwürfniß zu führen: Deutschland ist so sehr in seinem Recht, daß sich voraussehen läßt, daß Spanien den Rückzug wird antreten müssen, was ihm freilich, nachdem sich das Volk einmal in dieser Weise von seinen Leidenschaften hat hinreißen lassen, um so schwerer ankommen wird.

In Paris hat man sich theils mit den antideutschen Demonstrationen in Spanien beschäftigt, theils mit den Enthüllungen Rocheforts über die angebliche Ermordung eines Franzosen Olivier Pain durch die Engländer im Sudan. Die englische Regierung hat es für nöthig gehalten, die Unwahrheit dieser Behauptungen unter Berufung auf amtliche Erklärungen ihrer Officiere darzuthun und damit den Erfolg erzielt, daß man sich in Paris den Enthüllungen Rocheforts gegenüber ziemlich ungläubig verhält. Die Leiche des Admirals Courbet ist auf französischem Boden eingetroffen, aber wegen der in Toulon ausgebrochenen Cholera hat man von einer Feierlichkeit daselbst Abstand genommen. Es hat nur eine militärische Feierlichkeit in Spheres stattgefunden, worauf die Leiche nach Paris in den Invalidendom überführt worden ist: die Beisezung wird in Abville, der Heimath des Verstorbenen, stattfinden.

Die schon neulich erwähnte Mittheilung, daß Rußland seine Vorschläge in der Zulicarfrage modificirt hat, hat inzwischen Bestätigung gefunden. Rußland hat erklärt, auf den Zulicarpaß verzichten zu wollen, während es die in der Nähe desselben befindlichen Weideplätze für sich beansprucht. Man erblickt hierin einen Ausweg, welcher Aussicht auf eine friedliche Beilegung der afghanischen Grenzfrage hat. Dafür spricht auch die Thatsache, daß sich die leitenden Minister Rußlands und Englands auf Reisen begeben haben, mithin für den Augenblick alle ernstern Complicationen als ausgeschlossen betrachten. Die englische Armee-Reserve wird jetzt demobilisirt.

Die Zustände in Aegypten und im Sudan haben sich in letzterer Zeit wieder verschlechtert: die ägyptische Garnison von Kassala hat sich den Aufständischen ergeben, Dongola ist von 4000 Derwischen besetzt worden und in Berber ist es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Bevölkerung gekommen. Die bereits angeordnet gewesene Einschiffung von vier Infanterie-Bataillonen von Alexandrien nach England scheint in Folge dessen wieder rückgängig gemacht worden zu sein.